

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktag. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 17.—22. Sept. 4500000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 750000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 221.

Freitag, 21. September 1923.

30. Jahrgang.

Sibt England nach?

Baldwin und Poincare — Frankreich ist zufrieden.

Auch die ergänzenden Mitteilungen über den Verlauf der Besprechungen zwischen Poincare und dem englischen Ministerpräsidenten ergeben keinen positiven Anhaltspunkt, der irgendwie zugunsten Deutschlands sprechen könnte. Vor allem ist auch heute noch völlig unklar, inwieweit der französische Ministerpräsident bereit ist, auf die Voraussetzungen der Reichsregierung zur Empfehlung eines Verzichtes auf den passiven Widerstand an die maßgebenden Instanzen der Ruhrbevölkerung einzugehen. Diese Voraussetzungen sind den Alliierten genau bekannt. Sie sollen in zwischen dem belgischen Botschafter aufgezeichnet in einer der letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt worden sein.

Wir sind gewiß, daß sich die Reichsregierung insbesondere in ihrer Außenpolitik von den deutschnationalen Katastrophenpolitikern nicht in ein anderes Fahrwasser drängen läßt. Die Zeit ist zu Experimenten zu ernst, wir müssen auf schnellstem Wege zur Lösung des Ruhrkonflikts kommen.

*

Paris, 20. September.

Zu der gestrigen Unterredung zwischen Baldwin und Poincare verbreitet Havas eine Mitteilung, in der es heißt: Die Zusammenkunft sei trotz der Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung. Das darüber ausgegebene Communiqué sei in dieser Hinsicht besonders bezeichnend, obwohl es distret gehalten sei. Der Besuch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abstattete, habe den

Wiederbeginn vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen ankündigen sollen. Havas will darin das Zeichen einer teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Methoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Ruhroperation mitbegeht. Es sei übrigens im Augenblick möglich, die Legalität der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erörtern, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt Havas, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin aufgezwungen werde. Das Kabinett Stresemann selbst gehe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keinen Täuschungen mehr hin.

Unter diesen Umständen sei Poincare bereit, die Verhandlungen mit dem Reiche wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden.

Poincare halte sich immer noch an diese unerlässliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Überzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen hat. In keiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen und man hoffe, daß das in Berlin verstanden werde.

Das Echo in London.

London, 20. September. (S. 3 a. M.)

Die heutige Londoner Morgenpresse spricht ihre Genugtuung darüber aus, daß das Communiqué über die Unterredung der beiden Ministerpräsidenten in Paris eine englisch-französische Annäherung verzeichne. Soviel habe man nicht erwartet. Hauptgegenstand der Unterredung war die Ruhrfrage, wobei Poincare einen sehr entgegenkommenden Standpunkt einnahm. Außerdem wurden auch viele Finanzfragen erörtert. Poincare soll erklärt haben, daß er Deutschland nicht vernichten oder demütigen wolle. Eine zweite Unterredung Baldwins mit Poincare ist für heute vorgesehen.

Die Franzosen im Mannheimer Schloß.

Mannheim, 20. September.

Die Franzosen besetzten in Stärke von 3 bis 4 Kompagnien, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren, heute früh gegen 6 Uhr das Mannheimer Schloß und stellten an sämtlichen Zugängen Posten aus.

Dadurch hat die Besetzung eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Grund der Besetzung, über den in der Stadt die verschiedensten Gerüchte in Umlauf sind, ist bisher authentisch nicht bekannt. Da das Schloß an den Ausgängen zu der Rheinbrücke nach Ludwigshafen liegt, dürfte es sich um eine Ausdehnung des Brückenkopfes der Rheinbrücke handeln. Die Schloßbesetzung kam vollständig überraschend. Sämtliche Zugangsstraßen zum Schloß werden von starken Maschinengewehrposten besetzt gehalten. Am rechten Flügel des Schlosses, gegen den Hauptbahnhof zu, stehen die französischen Posten bis zur Lindenstraße überführung an der Vorderfront des Portals des Schlosshofes und beherrschen von hier aus die breite Straße, die zu der von den Franzosen schon vor einiger Zeit besetzten Neckar-Friedrich-Brücke und zum ebenfalls besetzten Neckarbahnhof führt. Die auf dem linken Flügel des Schlosses an der Jesuitenkirche stehenden Posten stellen die Verbindung mit dem am 3. März besetzten Mannheimer Hauptzollamt am Hafengebiet her. Der Zugang zum Schloß und auch zum Schloßhof wird dem Publikum verwehrt. Der Hauptbahnhof Mannheim ist entgegen anderslautenden Gerüchten nicht besetzt. In dem Schloß, das das größte Schloß Deutschlands ist, sind eine große Anzahl staatlicher und städtischer Behörden, darunter sämtliche französische Gendarmen, untergebracht. In dem Schloß befindet sich ein französisches Bureauro. Ob diese eine Durchsichtung der in dem Schloß befindlichen Bureaus vornehmen will, ist bisher noch unbekannt.

SPD. Mannheim, 20. Sept. (Eig. Drahtber.)

In dem Oberbadiischen Streitgebiet hat sich im Verlauf des Donnerstags die Lage wesentlich gebessert. In Lössen waren die Geschäfte wieder reiblos geöffnet, nachdem überall die Ruhe wieder hergestellt war. Der Telefon- und Zugverkehr ist normal. Die Arbeit ist noch nicht überall aufgenommen worden. Ueber die Bezahlung der Streiktagen wird noch verhandelt. In Freiburg wurde der Generalkrieg nach einer lebhaften Sitzung

des Gewerkschaftskartells abgebrochen. In Heidelberg, wo die Kommunisten am Mittwochabend einen Beschluß für den Generalstreik fassen, ist eine Durchführung dieses Beschlusses nicht erfolgt. In Mannheim ist alles ruhig. Die Franzosen scheinen sich in dem Schloß häuslich einzurichten zu wollen. Die Finanz- und Gerichtsbeamten dürfen nicht ins Schloß.

Wolle Devisenzuteilung an der Börse.

Die Donnerstagsbörse brachte dadurch eine große Ueberraschung, daß die Anforderungen an den Devisen- und Notenmarkt mit Ausnahme der Auszahlung Paris, die mit 50 Prozent zuteil wurde, voll befriedigt worden ist. Der Dollar wurde durchschnittlich mit 182 Millionen und das Pfund mit 822 bezw. 827 Millionen notiert.

Mit dieser neuen Maßnahme hat das Finanzministerium mit dem System der Repartierungen, das die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln künstlich aufbaut und die Kurse, da ein entsprechendes Angebot eben nicht vorlag, immer wieder steigerte, gebrochen. Seit langem wurden durchschnittlich 5 und selten über 10 Prozent zuteil. Um nun den wirklichen Bedarf zu befriedigen, meldete jeder möglichst viel an. Das war bei aller Geldknappheit möglich, weil sich die meisten Banken nicht an die Abmachung gehalten haben, Aufträge auf Devisen nur gegen Barzahlung entgegenzunehmen. Noch während der amtlichen Notierungen erfolgten am Donnerstag beträchtliche Abgaben des angemeldeten und zuteilten Materials. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Aufträge zum Teil rein spekulativ waren und daß sich die Auftraggeber bei voller Zuteilung eben überkauf hatten und in die üble Lage versetzt wurden, unter allen Umständen Geld flüssig zu machen. Es ist Sache des Devisenkommissars, diese Vorgänge genau zu untersuchen und sich die in Frage kommenden Leute näher anzusehen.

Die neue Taktik des Finanzministers wird natürlich viel Geld kosten. Sie ist aber ein Ausweg, den Devisen- und Notenmarkt zum Teil von seinem künstlichen Druck zu befreien. Der Erfolg muß abgewartet werden. Vorläufig scheinen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers eine gute Lektion gewesen zu sein. Im Verlauf der amtlichen Notierung machte sich ein starkes Angebot von Devisen bemerkbar. So wurden u. a. Dollar und größere Mengen schweizerischer Kronen auf den Markt geworfen. Nachdrücklich, im freien Verkehr, wurde der Dollar mit 140—145 und das Pfund mit durchschnittlich 750 Millionen gehandelt.

Kurs vom 21. September:

Dollar 110 000 000.

Anzeigengebühr für die achtzeilige Peltzelle oder deren Raum 1800000 Mark, auswertete Grundpreis 150 M. mal Schlüsselzahl b. D. B. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 1 500 000 M., Reklamen 7 200 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion.

Der Dolchstoß.

SPD. Die Veränderung des gegenwärtigen Zustandes im Ruhrgebiet ist nicht mehr die Frage von Wochen, sondern nur noch von Tagen. Der Kampf ist weder wirtschaftlich noch politisch für Deutschland geglückt und es wäre sinnlos, ihn jetzt noch endlos fortsetzen zu wollen. Davon sind auch die Deutschnationalen überzeugt! Aber trotzdem schämen sie sich nicht, die Fortsetzung der passiven Abwehr bis zum Weißbluten zu fordern und gleichzeitig in Zwischenbilanzen die Reichsregierung für die fortgesetzte Markentwertung und die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Nur deutschnationaler Demagogie, nur eine Partei ohne jedes Verantwortungsgewühl vermag eine derartige Leistung fertigzubringen. Entweder führt man den Ruhrkampf fort und verzichtet auf eine Besserung der Verhältnisse in der Absicht, sich selbst, dem Staate und der Wirtschaft bald das Grab zu schaufeln, oder man fordert und wünscht von Herzen eine allgemeine Besserung der Verhältnisse. Diese Besserung aber ist nur möglich durch eine schnelle Einstellung des Ruhrkampfes als Voraussetzung für die Beendigung der jetzt noch für das Ruhrgebiet betriebenen Zuschußwirtschaft, ohne die überhaupt keine Aussicht besteht, dem wirtschaftlichen Niedergang in Deutschland ein Ende zu machen. Da die Deutschnationalen trotzdem sowohl das Eine wie das Andere fordern, bestreiten sie selbst den Widerspruch ihrer Politik, die hinter einem Hochverratsverbrechen nicht zurücksteht. Wären wir nicht davon überzeugt, daß eine Woche deutschnationaler Regentschaft, oder besser gesagt Verantwortungslosigkeit, dem Reich den Untergang Deutschlands bringen muß, dann würden wir dafür plaidieren, den Herren Hergt und Helfferich Gelegenheit zur Durchführung ihrer Agitationspolitik zu geben. Sie hätten dann den praktischen Beweis zu liefern, wie man bei einer täglich unproduktiven Ausgabe von 12—15 Millionen Goldmark für das Ruhrgebiet und bei einem Defizit des Staatshaushalts von ungefähr täglich 40 Millionen Goldmark einschließlich der für die besetzten Gebiete verausgabten Summen noch einen bereits wirkungslosen Kampf fortführen kann, für dessen Finanzierung im übrigen bei dem „Nationalgefühl“ unserer steuerscheuen Patrioten vorläufig auch nur die Notpresse in Betracht käme. Diese Gelegenheit zum praktischen Beweis würde den augenblicklichen Herrern als Vergeltung für die trügerische Art ihrer Agitation infolge allgemeiner Empörung vielleicht das Leben kosten. Denn auch sie müßten handeln, wie die Regierung Stresemann, deren Politik von den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen diktiert wird, und von der Absicht befeelt ist, die Reichseinheit und unser Volk zu retten.

Was könnte der Regierung Stresemann angenehmer sein, als den Kampf im Westen Deutschlands zu einem Abschluß zu bringen, wie ihn das Volk in den ersten Januar-tagen erwartet hat? Wenn hierzu nicht mehr die Möglichkeit besteht, dann ebenfalls nur infolge der schamlosen Politik unserer Deutschnationalen im Verlauf des Abwehrkampfes. Gerade deshalb ist die Geduld unseres Volkes zu bewundern, daß tagtäglich ruhig und gelassen immer noch den deutschnationalen Schwindel über sich ergehen läßt, obwohl es die Ergebnisse einer praktischen deutschnationalen Politik, ausgeführt durch den Reichskanzler Cuno, heute am eigenen Leibe erfahren muß. Die Politik dieses davongegangenen Kabinetts richtete sich unter dem starken Einfluß der Deutschnationalen gegen Volk und Staat. Von jeher haben kriegerische Handlungen Geld gekostet. Die Bereitstellung der notwendigen Mittel galt deshalb als Voraussetzung für den Sieg jedes begonnenen Krieges. Den Herren Helfferich und Hergt zu Liebe hat die Regierung der Ahnungslosen, an der Spitze Herr Cuno, nicht einmal diese Voraussetzung zu erfüllen verstanden. Sie zog es vor, das patriotische Geschrei der Deutschnationalen vom Durchhalten am Gotteswillen nicht durch steuerliche Belastungen, ohne die der Abwehrkampf in seiner Wirkung fehlschlagen mußte, zu stören.

Statt Mittel für den Kampf im Westen zu beschaffen, wurden die Steuern abgebaut, vernachlässigte man die Stützungsaktion bis zum endgültigen Zusammenbruch und zahlte die Abwehr ausschließlich durch Inflation. So wurde bewußt der Zusammenbruch eines Kampfes vorbereitet, den insbesondere die Arbeiterklasse mit viel Energie und Aufopferung geführt hatte. Ihr, wie der gesamten Bevölkerung an der Ruhr, wurde der Dolchstoß zuteil durch eine Regierung der Ahnungslosen, die acht Monate lang in erster Linie unter Führung der Deutschnationalen stand.

Unter diesen Umständen blieb dem neuen Kabinett nichts anderes übrig, als von dem Bankrott des schuld beladenen Systems Cuno Kenntnis zu nehmen und den Versuch zu machen, zu retten, was noch zu retten war. Selbst hier mitzuarbeiten, zogen die Deutschnationalen einer schamlosen Demagogie vor. Als die neue Regierung den Versuch machte, wenigstens die Kosten für die letzten Tage des Ruhrkampfes durch steuerliche Mittel sicherzustellen, wurde von denselben Deutschnationalen, die den Ruhrkampf weiterführen wollen, zur Steuerfahndung aufgefordert gegen finanzielle Lasten, denen selbst die deutschnationalen Reichstagsfraktion zugestimmt hatte. So mußte unseren patriotischen

Maulhelden die Pflicht zum Steuerzahlen gegenüber dem Staat durch geschlichen Zwang von der neuen Regierung beigebracht werden. Dieses Gesetz wird unseren Nachfahren ewig als Beweis dafür dienen, wer im Jahre 1923 die Abwehrfront an der Ruhr erdolcht hat.

Wir sind gewiß, daß sich die Reichsregierung insbesondere in ihrer Außenpolitik von den deutschnationalen Katastrophopolitikern nicht in ein anderes Jahrwasser drängen läßt. Die Zeit ist zu Experimenten zu ernst, wir müssen auf schnellstem Wege zur Lösung des Ruhrkonfliktes kommen. Auf welche Art das geschieht, muß jetzt in der höchsten Not ausschließlich der Reichsregierung überlassen bleiben, die allein die Verantwortung für die Politik des Reiches vor dem Parlament zu tragen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Poincaré nach der Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten jetzt bereit ist, der deutschen Regierung den Verzicht auf den passiven Widerstand weniger schwer zu machen. Deshalb betrachten wir es zunächst als die Aufgabe der Reichsregierung, in Paris ausdrücklich nochmals wissen zu lassen, daß wir den passiven Widerstand aufgeben werden, wenn Frankreich gewillt ist, nach dieser Verzichtleistung die Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückzulassen, die Verhafteten freizugeben und so die Möglichkeit zu einer allgemeinen Wiederaufnahme der Produktion zu schaffen. Auf dieser Basis, die wir schon vor Monaten als Verhandlungsgrundlage gefordert haben, kann eine vorläufige Verständigung, die eine Rückkehr zur Produktion im Westen ermöglicht, erzielt werden. Aber selbst, wenn das nicht der Fall sein sollte, muß sich die Reichsregierung klar darüber sein, was die Stunde geschlagen hat. Es ist dann ihre Aufgabe, das jetzt noch bestehende Hindernis zu Verhandlungen auf irgendeine Art aus dem Wege zu schaffen. Hierzu die Vorbereitungen zu treffen, ist trotz aller Zwischenverhandlungen jetzt schon notwendig.

SPD. Vom Bundesvorstand des ADGB. wird uns geschrieben:

Aus durchschlagenden Gründen wird, wie wir aus verschiedenen Teilen des Reiches erfahren, von deutschnationalen Vätern die Meinung verbreitet, die Gewerkschaften hätten an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, daß sie entweder in drei Tagen den passiven Widerstand aufgeben oder zurücktreten müsse.

Der ADGB. erklärt kategorisch, daß diese Meinung in keiner Weise den Tatsachen entspricht und nur zu dem Zweck von arbeitfeindlicher Seite verbreitet wird, das Odium für etwaige von der Reichsregierung geplante Maßnahmen, die angeht die erst von ihr in ihrem vollen Umfang aufgedeckten untragbaren Finanzgebärung der Regierung Cuno und des von unverantwortlichen Stellen der Wirtschaft absichtlich und gewissenlos noch jetzt betriebenen Ruins der Mark notwendig erscheinen könnten, auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind in den ganzen Monaten der Ruhrbeziehung die eigentlichen Träger des passiven Widerstandes gewesen und haben alles getan, um im Interesse der Nation und der Arbeiterklasse der deutschen Regierung die Möglichkeit zu geben, das Reparationsproblem auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Belandungsmächten einer friedlichen Lösung zuzuführen. Sie sind in den vergangenen Monaten die entscheidenden Vorkämpfer einer rechtzeitigen Gesundung der deutschen Finanzen gewesen im vollen Bewußtsein der Gefahr, die die Verschärfung der Regierung Cuno für die politische Einheit und die wirtschaftliche Freiheit des Reiches sowie für die Stellung jeder deutschen Regierung bei der Wiedereröffnung von Verhandlungen über die Lösung des Ruhrkonfliktes heraufbeschwören mußte. Sie haben mit großem Nachdruck den Staat in seinem Kampf gegen die schändliche Steuerabotage der Privatwirtschaft unterstützt und sind mit gleicher Entschiedenheit jedem Separatismus in Bayern und am Rhein entgegengetreten.

Der ADGB. wendet sich daher mit größter Schärfe gegen den jetzt unternommenen Versuch, den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Arbeitern die Verantwortung für die Folgen der Politik der Regierung Cuno und des unverantwortlichen Vorgehens gewisser Gruppen der Industrie und Finanz aufzubürden.

Die Krise in Thüringen.

Wie die Kommunisten sabotieren.

SPD. Weimar, 20. Sept. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag nachmittag wurden die am Montag zwischen der SPD. und der USPD. begonnenen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen fortgesetzt. Vor Beginn der Verhandlungen gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, in der sie von der USPD. die völlige Unterwerfung unter die kommunistischen Bedingungen fordern, andernfalls sie für die Landtagsauflösung stimmen würden. In der Erklärung, die in ihrem ersten Teil insofern einen Rechtserklärungswert für die SPD. darstellt, als die Schuld für ein Scheitern der Verhandlungen der USPD. zugeschoben wird und die in ihrem zweiten Teil einige Angriffe auf den Innenminister und den Innenminister enthält, heißt es am Schluß: „Wenn die USPD. ihren absehbaren Standpunkt in der Frage des Betriebsablenkunges und der gemeinsamen Hundstrecken nicht aufgibt, wird die SPD. hieraus die weiteren politischen Folgerungen ziehen und der Landtagsauflösung zustimmen.“

Die Verhandlungen wurden hierauf auf eine Stunde unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung wurden zunächst die in der Erklärung enthaltenen Angriffe auf den Innenminister und den Innenminister als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen. Genosse Rittmeyer, der persönlich wegen war, bewies an Hand des Materials, daß die Angriffe völlig den Tatsachen zuwiderlaufen. Desgleichen konnten auch die Angriffe gegen den Innenminister als haltlos nachgewiesen werden. Die Kommunisten verhielten sich gegen dieses Tatsachenmaterial keinen Gegenbeweis zu erbringen. Die Angriffe brachen in sich zusammen. Zu dem übrigen Teil der Erklärung teilt die Verhandlungskommission der SPD. mit, daß sie ihre Antwort auf die Erklärung schriftlich niederlegen und der SPD. im Laufe des nächsten Tages zugehen lassen werde. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Der erfolgreichste Versuch der Verhandlungen über die Auflösung der thüringischen Regierung bezieht unsere Aufmerksamkeit von dem Gesamtorganisationsmangel der kommunistischen Partei. Diese von Moskau unterstützte Kompartunisten hat noch nie im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt, sondern hat sich ausschließlich von ihrem Agitationsbedürfnis leiten. Entsprechend dem russischen Muster betreiben sie die Regierung der Länder als Agitationszentralen für kommunistische Propaganda. Sobald die eine oder andere von ihnen unterliegt, wendet es sich, daß es in diesem Sinne nachzugehen zu lassen, entgegen der die Arbeiterklasse. Ihren Thüringer

Beispiel dürfte bald ein Exempel in Sachsen folgen! Zur Herabsetzung der Sozialdemokratie vor den kommunistischen Arbeitervertretern noch immer der schlimmste Feind aus dem bürgerlichen Lager ein guter Freund.

Die sächsische Regierung hat einem eigenen Drahtbericht zufolge beim Landtagspräsidenten die baldige Einberufung des Landtages tunlichst auf die erste Oktoberwoche beantragt.

Bayrische Ehre.

SPD. München, 20. Septbr. (Eig. Drahtber.)

Im April d. J. hatte der „Völkische Beobachter“ unter namenhafter Aufzählung von 47 meist jüdischen Firmen behauptet, sie seien die Geldgeber der „Münchener Post“. Chefredakteur und Geschäftsführer unseres Parteiblattes erwiderten hierin den Vorwurf der Käuflichkeit und erhoben Klage wegen Beleidigung. Das Amtsgericht unter dem Vorsitz des als völkisch bekannten Amtsgerichtsrates Fald wies die Klage ab, das Landgericht hob dagegen diesen Beschluß auf und ließ das Verfahren eröffnen, weil der nicht ermittelte Vorwurf der Käuflichkeit geeignet sei, die Privatkläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und sie der Mißachtung preiszugeben. Es handelte sich um ein Vergehen der üblen Nachrede. Am Donnerstag wurde nun die Klage vor dem Schöffengericht unter dem Vorsitz desselben Herrn Fald geführt. Der Verteidiger des beklagten Redakteurs des „Völkischen Beobachters“, ein ehemaliger Architekt Rosenberger aus Krenal, verzichtete von vornherein darauf, den Wahrheitsbeweis anzutreten, denn es sei ja allgemein bekannt, daß der Marxismus die politische Ueberzeugung des Judentums darstelle. Nebenbei gab er seinem Gesinnungsgenossen Fald einen sanften Rippenhieb, indem er ihn mahnte, er müsse doch trotz der höheren Weisheit des übergeordneten Gerichts bei seiner ursprünglichen Ueberzeugung bleiben. Das Gericht, das Rosenberger wurde freigesprochen und den Klägern die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Das Wertwürdigste ist nun aber die Begründung des Urteils, in dem es heißt: „Der Artikel im „Völkischen Beobachter“ ist keine Kundgebung der Mißachtung und nicht geeignet, die Kläger verächtlich zu machen. Selbst wenn aber der Vorwurf der Käuflichkeit, wie es die Strafkammer des Landgerichts herausliest, erhoben worden wäre, würde die Ehre der Kläger nicht verletzt sein, weil nicht im entferntesten in dem Artikel aufgeführt ist, daß der Einfluß der Geldgeber, wenn er tatsächlich stattgefunden hat, ein verwerflicher sei.“

Es ist ein unerhörter Vorgang im deutschen Rechtsleben, daß ein Richter auf diese Weise den Begriff der Ehre seinem Mitmenschen auslegt. Bisher galt der Vorwurf der Käuflichkeit gerade im Zeitungsleben als einer der schwersten, den man den verantwortlichen Persönlichkeiten eines Blattes machen konnte. Um übrigens die Objektivität des Herrn Amtsgerichtsrates Fald zu erhärten, wäre es wohl notwendig, ihm als Richter den Vorwurf der Käuflichkeit zu machen. Nach seinen eigenen Grundrissen dürfte dann dieser „teufelische“ Mann sich nun nicht etwa gekränkt fühlen; er müßte diese üble Nachrede ruhig einstecken, außer, daß es ihm gelänge, nachzuweisen, daß die Ursache dieser Käuflichkeit von dem Beleidiger als eine verwerfliche Handlung angesehen worden ist. Es ist doch recht bezeichnend, daß dieser neue juristische Grundriss, mit dem sich außer dem „Völkischen Beobachter“ wohl kaum ein anderes Blatt in Deutschland einverstanden erklären wird, ausgerechnet in München verkündet wird. Selbstverständlich darf die „Münchener Post“ sich mit dieser juristisch völkischen Ungeheuerlichkeit keineswegs zufriedengeben. Es wird sich gewiß noch eine Instanz finden, die dieser Art Richter den allgemein gültigen Begriff der deutschen Ehre beibringt.

Der Reichsbankausweis.

SPD. Weimar, 20. Sept. (Eig. Drahtber.)

SPD. Aus dem letzten Reichsbankausweis geht hervor, daß sich die gesamte Kapitalanlage abermals um 681,8 Millionen auf 1859 Milliarden gesteigert hat. Die Steigerung ist in erster Linie auf die Anprüche des Reiches zurückzuführen. Die diskontierten Scheckanweisungen stiegen sich von 987 Millionen auf 1571,5 Millionen, der Notenumsatz um 518,8 Millionen auf 1182 Millionen. Der Goldbestand hat sich um 20,6 Millionen Goldmark verringert und beträgt jetzt 478 583 000. Die Minderung ist auf die Interventionen der Regierung zurückzuführen.

Der vorliegende Bankausweis wird dadurch interessant, weil sich in ihm zum erstenmal der Uebergang zum wertbeständigen Kredit auswirkt. Die Zahl der Wechsel und Schecks, mit anderen Worten der Papiermarkkredit, ist abermals gestiegen, und zwar von 164 Milliarden auf 278 Milliarden. Es ist also keine Minderung der Papiermarkkredite eingetreten. Der Kommentar zum Ausweis erklärt die Steigerung dadurch, daß es sich um erheblichen Teil um Antikontowechsel und Antikontoschecks handelt, für die also die Reichsbank als kreditgewährende Stelle eigentlich nicht fungiert. Im übrigen kommen nur ganz kurzfristige Kredite in Frage. Der Ueberleitung auf wertbeständige Basis ohne Gefährdung des Mißbrauches, insbesondere ohne Gefährdung der Volksernährung bei der Kürze der Zeit noch nicht möglich war. Die Kontokorrentkredite, die jetzt nur auf wertbeständiger Grundlage gegeben werden und die sich im verletzten Reichsbankausweis nach von ungefähr 18 Milliarden auf 25 Milliarden vermehrt hatten, zeigten eine Abnahme von rund 25 Millionen auf 5 Milliarden. Der Kommentar erklärt das mit dem Uebergang größerer Darlehensposten auf die Reichsdarlehenskassen.

Unklarheiten beim Steuerabzug.

Infolge der fortwährenden Geldentwertung werden immer häufiger Nachzahlungen auf die Löhne und Gehälter notwendig. Das erfordert natürlich die richtige Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn, insbesondere eine richtige Anrechnung der Steuerfreien Beträge. Auch bestehen vielfach Zweifel darüber, ob bei dem Steuerabzug von Lohn- oder Gehaltsnachzahlungen die Lohnsteuerermäßigungen zu berücksichtigen sind. Zum Teil ist die Anrechnung verteidigt worden, daß ohne Rücksicht darauf, ob die dem Lohnsteuerermäßigungen zugehörigen Lohnsteuerermäßigungen bereits voll in Anspruch genommen sind, der Steuerabzug in voller Höhe von 10 Proz. zu bewirken sei. Dabei etwa zuviel gezahlte Steuer könne erst bei der nach Abschluß des Steuerjahres erfolgenden Veranlagung zur Einkommensteuer reklamiert werden.

Dieser Standpunkt ist, wie nunmehr der Reichsfinanzminister entschieden hat, falsch. Man hat nach dieser Entscheidung zu prüfen, ob die Steuerermäßigungen bereits bei der laufenden Gehaltszahlung in voller Höhe berücksichtigt sind. Ist dies nicht der Fall, so sind der Nachzahlungsbeitrag und der Gehaltsbeitrag zusammenzurechnen und die geleisteten Steuerermäßigungen von der Gesamtsumme in Abzug zu bringen. Die Nachzahlung stellt eben einen Teil des Monatsgehalts dar, der nur insoweit besonderer Berücksichtigung nicht mit diesem Gehalt zusammengefaßt werden konnte. Hier also ein Gehaltsentzug, der ein bestimmtes monatliches Gehaltsvermögen auf 500 000 Mark angenommen werden soll als langweilige Gehaltszahlung zu Anfang des Monats 500 000 Mark erhalten, so war er nicht nur berechneter, sondern der Ertragsteuersatz überstieg noch in Höhe von 5200 000

Mark den Gehaltsbetrag. Erhielt dieser Gehaltsempfänger nun eine Nachzahlung von beispielsweise 40 000 000 Mark, so ist hiervon die Lohnsteuer nicht in Höhe von 10 Proz. = 4 000 000 Mark zu erheben, sondern es ist der noch nicht in Anspruch genommene Teil der Ermäßigung vorher zu verrechnen. Der Beamte ist also nur Lohnsteuerpflichtig in Höhe von 40 000 000 - 5 200 000 = 34 800 000 Mark und zahlt demnach 3 480 000 Mark Steuer.

„Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand“.

Von der Berliner Politischen Polizei wurde am Mittwochabend eine Versammlung der Jugendgruppe „Prinz Louis Ferdinand“ wegen dringenden Verdachtes des Verstoßes gegen das Republikgesetz und gegen die Verordnung über das Verbot militärischer Verbände ausgehoben. 70 Personen wurden zum Polizeipräsidium gebracht und zugleich die Durchsuchung ihrer Wohnungen angeordnet. Nach eingehender Vernehmung sind die meisten der Festgenommenen wieder entlassen worden. Die Ermittlungen dauern fort. — Die Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand gehörte früher der deutschnationalen Bismarck-Jugend an, wurde aber vor kurzem wegen ihrer rechtsradikalen Bestrebungen ausgeschlossen. Ihre Mitglieder traten bei wiederholten Zusammenkünften mit politischen Gegnern besonders aggressiv auf. Sie waren hierbei mit Schusswaffen, darunter auch mit abgabepflichtigen Militärwaffen versehen.

Pfannkuchs letzter Gang.

Eine städtische Trauerversammlung, die die geräumige Halle des Berliner Krematoriums bis hinauf in die Emporen füllte, hatte sich am Donnerstag nachmittag eingefunden, um dem toten Freunde und Genossen Pfannkuch die letzte Ehre zu erweisen. Die Trauerfeier konnte nicht stimmungsvoller eingeleitet werden, als durch das von der „Typographia“ vorgelegene Lied „Ein Sohn des Volkes“, der der Verstorbene im wirklichen Sinne des Wortes gewesen ist. Sein langjähriger Weggenosse und Bürokollege, Hermann Molkenbühr, widmete ihm im Namen des Parteivorstandes Worte innigen Gedankens und skizzierte seine nie ermüdende Tätigkeit in der Partei. Starke Eindrücke machten die wenigen Worte, die der belgische Genosse Hunsman, der zufällig in Berlin weilte, dem Verstorbenen nachrief. Er pries seine bescheidene Opferwilligkeit, die auch im Auslande bekannt war, und schloß mit dem Wunsche, daß in diesen schweren Zeiten, die die deutsche Arbeiterklasse und Partei durchmachen, er als ein erhabenes Vorbild gelten möge. Zubeil sprach im Namen der Fraktion der Stadtverordneten. Nach ihm der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari. Beide zollten dem Verstorbenen Anerkennung für seine gegenständliche Tätigkeit als Stadtverordneter, die der Direktor der Blindenanstalt mit wenigen zu Herzen gehenden Worten weiter zum Ausdruck brachte. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, Grafmann, wies insbesondere darauf hin, daß der Verstorbene nicht allein für die Partei, sondern auch für die Gewerkschaften gewirkt habe, weshalb auch sie an der Trauer innigen Anteil nehmen.

Umschwung in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Die Regierung des Grafen Stephan Bethlen hat in Ungarn abgemirrt. Der reaktionäre Kurs, den sich das Land nach der Proletariatsdiktatur hat gefallen lassen müssen, hat sich von selbst heiligmachen. Die Dinge liegen heute so, daß Bethlen mit seiner Politik Schluss machen muß, wenn er die Macht in der Hand behalten will. Seine wütendsten Gegner sind seine früheren Freunde, die sogenannten „Kassenschüler“, die man wohl mit den deutschen Hakenkreuzlern vergleichen kann. Sie haben Bethlen in den Sattel gehoben und waren bis vor kurzem seine treuesten Stützen. Heute finden sie, daß sein „christlicher Kurs“ zu wacklappig ist. Sie wollen ihn deshalb durch ihren Führer Julius Gömbös ersetzen. Diese Absicht sollte in Abwesenheit Bethlens, der sich zurzeit in Genf aufhält, ausgeführt werden. Die Regierung machte aber einen Gegenzug und vertagte auf Grund einer Ordre des Gouverneurs Horthy die Nationalversammlung.

Bethlen weilt zurzeit in Genf, um eine Anleihe für Ungarn zu ermöglichen. Die alten Sünden der Reaktion rächen sich nun, denn Bethlen kann die Anleihe nur erhalten, wenn er den Ruf Ungarns im Ausland repariert. Das ist angesichts der Laten der Regierung keine leichte Aufgabe. Bethlen muß vor allen Dingen, um das Vertrauen der internationalen Finanz zu gewinnen, nachweisen, daß die Verhältnisse in Ungarn sich tatsächlich konsolidiert haben und sich der Wiederaufbau auf demokratischem Wege vollzieht. In Ungarn macht man dem Grafen seine Aufgabe möglichst schwer. Dafür nur ein Beispiel, das davon zeugt, daß Ungarn heute tatsächlich das Land der Unwahrscheinlichkeiten ist. Gouverneur Horthy hielt dieser Tage in Kaschau, einem kleinen Städtchen, eine große Rede. Justizminister Emil Stagy, der ihn begleitete, ordnete an, daß von der Rede des Staatsoberhauptes keine Silbe in die Öffentlichkeit kam. Mit anderen Worten: eine Person von internationalem Ruf auf höchstem Staatsposten hält eine Rede, die einfach konfisziert wird. Was soll nun das Ausland, um dessen gute Meinung sich Graf Bethlen eben in Genf bemüht, zu diesem skandalösen Vorgang sagen? In jedem anderen Lande wären die Konsequenzen für die Regierung gegeben. In Ungarn ist die Sache anders. Der Justizminister befindet es für gut, just zu dieser Zeit in Urlaub zu gehen, um die Beantwortung irgend einer Interpellation zu vermeiden.

Die sozialdemokratische Partei beobachtet die Dinge sehr aufmerksam. Die Pause, die in den Beratungen der Legislative durch die Vertagung eingetreten ist, wird sie zu intensiver agitatorischer Tätigkeit im Interesse der voraussichtlich im Dezember stattfindenden hauptstädtischen Repräsentantenwahlen auszunutzen. Die Wagen gehen heute schon sehr hoch. U. a. läuft auch das Mandat der Vertretung Budapests ab, die drei Jahre hindurch eine feste Säule des Kurs Bethlens war. Diese Vertretung wurde nur dadurch möglich, weil sich die Sozialdemokratie an den letzten Wahlen nicht beteiligte. Durch diesen Fehler wurde die demokratische Mehrheit, die an und für sich in der Hauptstadt sicher ist, zur Minderheit. Die dreijährige Mißwirtschaft hat der Budapester Bevölkerung die Augen geöffnet. Sie hat den Kurs gründlich satt bekommen. Die Sozialdemokratie wird sich diesmal an den Wahlen beteiligen und im Verein mit den liberalen Parteien Budapests von dem Joche der Kassenschüler befreien, das keinen Fortschritt und keine natürliche Entwicklung zuläßt.

Kommunistisch-faschistischer Karneval.

Ein Moskauer Film.

Je drückender die Not auf der Arbeiterklasse lastet, je mehr die Verzweiflung in den proletarischen Massen um sich greift, desto größer die Erfolgswahrscheinlichkeit der verrücktesten Parolenfabrikanten. In Bayern, wo sich der Faschismus als notwendiger Erbe der Räterepublik hemmungslos ausbreiten kann, sind die Hitler und Ludendorff oben auf und wenn nicht persönliche Futtertrümpfenfeindschaft sie von den Rupprecht-Monarchisten trennen, so wäre der reaktionäre Butsch schon längst zur Tatsache geworden. Die Kommunisten, die im Frühjahr 1919 mit ihrem Räterewahnsinn den Boden für den heute sich ausbreitenden Faschismus gebügel haben, sind dort vollständig von der Bildfläche verschwunden oder vielmehr: sie füllen heute in Scharen die Reihen der Hakenkreuzler und bekleiden sogar in der Hitler-Ludendorff-Partei führende Stellen. Täglich enthält unser Münchener Parteiorgan neue Beispiele dieser fabelhaften Anpassungsfähigkeit. Leute, die in der Rätezeit die erste Geige als Räterevolutionäre spielten, sind jetzt am selben Ort Parteigrößen und Sturmtruppenführer der Nationalsozialisten. Um einen besonders kuriosen Fall zu erwähnen: Der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Graf ist nach der Einigung von Nürnberg zur Vereinigten Sozialdemokratie übergetreten und ist daher jetzt Mitglied unserer Landtagsfraktion. Wenn er nun jetzt etwa sein Mandat niederlegen würde, so wäre sein Nachfolger der nächste auf der damaligen kommunistischen Kandidatenliste, ein Herr Weber, der jetzt eine ganz hervorragende Rolle in der Hitler-Partei spielt!

Wenn in Norddeutschland der Faschismus noch nicht die gleiche Machtentfaltung erlangen konnte, und noch nicht zu der gleichen aktiven Gefahr wurde, wie in Bayern, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß es hier den Kommunisten bisher unmöglich gemacht wurde, den gleichen Räterekarneval zu inszenieren, wie einst im bayerischen Lande. Über die norddeutsche Reaktion hat — im Gegensatz zu allzu breiten Schichten der Arbeiterklasse — aus der Entwicklung der Ereignisse in Ungarn, Bayern und Italien gelernt. Sie weiß, daß der Bolschewismus ihr sicherster Schrittmacher ist. Deshalb sieht sie das Treiben der Kommunisten mit Wohlgefallen, bekämpft sie den Bolschewismus nur noch der Form halber und um die Gelder der verunglückten Agrarier und Industriellen leichter herauszuloden, jetzt aber in immer ihre stärksten Hoffnungen auf die Fortschritte und auf die Dummheiten der Extremisten von links, und in privaten Zirkeln, wo die führenden Köpfe der Extremisten von rechts ihre Pläne besprechen und ihre Erfolgswahrscheinlichkeiten wägen, wird es offen ausgesprochen: **Warten wir erst die kommunistischen Butschversuche ab, um so sicherer gelangen wir dann sofort zur Macht.** Dies erklärt auch zum Teil die sich neuerdings vollziehende Annäherung zwischen den beiden Extremen. Jeder glaubt, den anderen letzten Endes hineinlegen zu können, die Kommunisten, um sich die Waffen und die militärisch ausgebildeten Führer der Reaktion sichern zu können, die Reaktion, um die Arbeiterklasse zu bolschewistischen Wahnsinnstaten zu provozieren und dann um so schneller deren Erbchaft anzutreten.

Seit einiger Zeit haben sich die beiden Gruppen auf eine gemeinsame Agitationsparole geeinigt, welche lautet: **Nieder mit der großen Koalition! Fort mit Stresemann, Hilferding und Seevering! Nieder mit der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus! Hoch der passive Widerstand!** Diese Losung hat beide Extreme in eine höchst eigentümliche Lage verlegt. Die Nationalsozialisten sehen sich gezwungen, obwohl es dem Wesen des Faschismus entspricht, die Prätorianergarde des rücksichtslosesten Kapitalismus zu bilden, die Antikapitalisten zu mimen; sie umgehen aber diese Schwierigkeit, indem sie ihren Scheinkampf gegen die bestehenden Klassen in rein antisemitische Formen kleiden und das internationale Finanzkapital, also die Juden, für alle Uebel der Welt einschließlich der Ruhrbesetzung verantwortlich machen. Die Kommunisten da-

gegen sind durch ihre neue Taktik gezwungen, immer mehr die Ueberpatrioten zu markieren, was einer Partei, die sich auf die Traditionen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings beruft, immerhin etwas unerwartet anmutet. Wir wissen übrigens, daß es den meisten kommunistischen Arbeitern höchst unbehaglich dabei zumute ist, daß sie sich in diesem neuen Gewand gar nicht zurechtfinden, und daß es lediglich ihr fanatischer Glaube an die Allwissenheit und die Allmacht Moskaus ist, der sie veranlaßt, alle vaterländischen Burzelbäume mitzumachen, die ihnen von Karl Kappel und Ruth Fischer befohlen werden.

Am Schluß der Dienstagsitzung des Preussischen Landtages haben nun die Kommunisten unter mehr als wohlwollender Neutralität der Deutschnationalen ein patriotisches Theater aufgeführt, das an Widerlichkeit und Hirnverbranntheit alle ihre bisherigen Leistungen im preussischen Abgeordnetenhaus übertraf. Wenn die Kapp, Schulz, Kossel, Wolfstein und Genossen im Landtag toben, so ist die Unkechtigkeit ihres Treibens auf hundert Schritt zu merken. Man weiß: sie erfüllen dabei ihre Berufspflicht, genau so, wie Statisten bei einem Film, Schreien, Entrüstung, Jubel und Begeisterung auf Geheiß des Regisseurs zu markieren haben. Gestern lautete nun das Moskauer Filmmanuskript: „Die Staffage entrüstet sich über den Landesverrat der großen Koalition, der an der deutschen Nation durch die Kapitulation vor Poincaré vollzogen wird.“ Und so wetteiferten Kapp, Kossel, Wolfstein, Dahlem und Kompagnie an patriotischer Begeisterung für die Fortführung des Ruhrkrieges.

Der Film wird heute früh in der „Roten Fahne“ weiter gedreht. Er füllt fast die ganze erste Seite. Im Leitartikel wird auseinandergesetzt, daß man zwar, so lange keine proletarische Regierung in Frankreich am Ruder ist, doch wird bezahnen müssen, daß dies aber lediglich auf Grund eines proletarischen Reparationsprogramms geschehen dürfe. Und da ein wirklich proletarisches Reparationsprogramm unter einer Koalitionsregierung nicht durchgeführt werden könne, so müsse in Deutschland zunächst Revolution gemacht werden. Sodann heißt es:

Ueber einen bestimmten Zahlungsplan eines kommenden revolutionären Deutschland sich heute den Kopf zu zerbrechen, wäre müßige Spintifizerei. Denn niemand kennt heute die zahlenmäßige Grundlage, auf der ein proletarisches Deutschland mit einem bürgerlichen Frankreich zu einem Zahlungsabkommen gelangen würde.

Einstweilen soll aber der passive Widerstand uneingeschränkt fortgesetzt werden. Darüber nachzudenken, wie er finanziert werden soll, wie die fortschreitende Entwertung der Mark, die aus dieser Finanzierung entsteht, gehemmt und der wachsenden

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. September.	17. September.
Amsterdam	1 fl. 72255000,—	51870000,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 8977500,—	62842500,—
Kristiania	1 Kr. 29127000,—	21147000,—
Kopenhagen	1 Kr. 32917500,—	23740500,—
Stockholm	1 Kr. 48079500,—	35112000,—
Helsingfors	1 finn. Mk. 4788000,—	3551100,—
Rom	1 Lire 8079750,—	5785500,—
London	1 £ 822987500,—	598500000,—
Newyork	1 Dollar 181545000,—	181869500,—
Paris	1 Frs. 10773000,—	7581000,—
Zürich	1 Frs. 32119500,—	23541000,—
Madrid	1 Pessetas 24538500,—	17755500,—
Wien	100 Kr. 249375,—	187530,—
Prag	1 Kr. 5446350,—	3990000,—
Budapest	1 Kr. 9578,—	7182,—

Not der deutschen Arbeiterklasse endlich Einhalt geboten werden kann, ist möglich für die „Rote Fahne“ ebenfalls „Spintifizerei“. Zunächst muß eben Revolution gemacht werden! Alles weitere wird sich dann schon finden.

Der Artikel der „Roten Fahne“ schließt mit Schmalmeitonen an die Adresse der Linksoption in der Sozialdemokratischen Partei. Die Zeiten sind schwer und mancher zur Verzweiflung getriebener Arbeiter ist erklärlicherweise nahe daran, die Kerzen zu verlieren. Aber die deutsche Arbeiterklasse mühte wahrlich von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie die Verwirklichung der neuen kommunistischen Politik nicht erkennen würde und blindlings — oder gar sehend — den Sprung ins grenzenlose Elend und in die faschistische Knechtschaft tätete, zu dem sie von den Moskauer Regisseuren heute aufgefordert wird.

Vermischte Nachrichten.

Gauner en gros. In einem Hotel am Zoo in Berlin wohnten seit Wochen der 35 Jahre alte „Großindustrielle“ Karol Kaufmann aus Jassy und sein gleichaltriger Geschäftsfreund Anatol Tschekow aus Odessa. Sie lebten mit ihren Freundinnen in Saubere und Braus, führten nur in Privatautos, besuchten die kostspieligsten Reindienste, Theaterlogen, feierten die prächtigsten Feste, gaben täglich und nachts überall phantastische Summen aus. Die beiden Großindustriellen waren in Berliner Kreisen als „Billionäre“ bekannt und vor allem in den Kreisen der Lebewelt sehr geschätzt — bis sie auf einem Meistertag, das sie veranstaltet hatten, verhaftet wurden. Es stellte sich heraus, daß sie ihre „Billionen“ aus betrügerischen Geschäften gewonnen hatten, die sie mit Berliner Konfektionären abgeschlossen hatten. Sie hatten sich ihnen als die Finanzdirektoren des früher sehr bekannten Textilhauses von Taschnikow in Galatz vorgestellt und ihnen daraufhin Provisionsgelder in Höhe vieler Millionen abzunehmen verstanden.

Schwerer Kampf mit Einbrechern. In der Nacht zum 14. September wurden bei einem Gutsbesitzer in Jeknis bei Guben von Einbrechern Silberlachen im Werte von etwa 200 Milliarden Mark gestohlen. Zwei Landjäger besetzten den Bahnhof Jeknis und nahmen hier fünf der Täter fest. Einer der Burchen zog plötzlich eine Pistole und tötete einen Beamten durch Kopfschuß; ein zweiter Beamter wurde so schwer verletzt, daß er zusammenbrach. Im letzten Augenblick wurde auch einer der Täter durch einen Schuß tödlich verletzt. Drei der Männer konnten in einem bereitstehenden Auto die Flucht ergreifen. Die Ermittlungen haben gestern in Berlin zur Festnahme des wohnungslosen Arbeiters Kolzaf geführt, der noch im Besitz einer Million baren Geldes war. Auch der in Jeknis festgenommene Einbrecher stammt aus Berlin.

Ermordet und verbrannt. Aus Königsberg wird unterm 20. September gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde in das weit über Westpreußens Grenzen hinaus bekannte Juweliergeschäft Aron in der Junkerstraße ein Einbruch verübt, über den noch rätselhaftes Dunkel schwebt. Der Nachtwächter der Firma wurde ermordet. Die Leiche wurde mit Petroleum übergossen und angezündet. Heute früh fand das Personal die glimmende Leiche im Feuer. Ueber die näheren Umstände der Tat schweben noch Ermittlungen. Entwendet soll nur wenig sein, da die Tresore nicht aufgebrochen werden konnten.

Aufdeckung eines Kiejen Schmuggels. Auf der Güterstation in Dirschau entdeckte man die Spur einer Bande von Fälschern von Ausfuhrfrachtwagen, die großartig organisiert, Lebensmittel aus Polen ins Ausland, hauptsächlich Eier nach England schmuggelte. In Dirschau wurden acht Waggons Eier, die über Danzig nach England gehen sollten, konfisziert. Der Wert dieser Eier beträgt 6 Millionen polnische Mark. Dieser Skandal zieht weitere Kreise, da dabei hohe Persönlichkeiten aus der Handelswelt und eine große Anzahl von Eisenbahnern kompromittiert ist.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inkerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Jahn.

25. Fortsetzung.

Als sie nach Hause kam, hörte sie, daß Heini dagewesen, nach ihr gefragt und nicht habe sagen wollen, was für ein Anliegen er an sie habe. Es beunruhigte sie, wie alles Unregelmäßige sie in Unruhe warf, und obwohl kein eigentlicher Grund zur Besorgnis war.

Am anderen Morgen kam Heini in die Bank. Er klopfte an die Tür, Salome öffnete selbst.

„Du?“ fragte sie in höchster Ueberraschung. Was wollte er hier und um etne Tageszeit, da er selbst an der Arbeit hätte sein sollen?

Heine warf einen Blick auf Brändli und tat fremd.

„Kann ich Sie einen Augenblick sprechen?“ fragte er ruhig. Salome, zögernd und unsicher, was sie tun sollte, trat einen Schritt zurück, um ihn einzulassen.

Da sagte er mit Nachdruck: „Allein sprechen, meine ich.“ Sie zitterte und wußte nicht aus noch ein.

Aber Brändli sprach hinter ihr mit leiser, ruhiger Stimme: „Gehen Sie ins Wartezimmer nebenan. Es ist niemand dort.“

Dem gehörte sie mechanisch und öffnete die Doppeltür, welche sich zwischen den beiden Zimmern befand. Heini kam ihr nach. Er war im Arbeitsgewand, hatte einen leichten Zwischrock an und hielt eine Mütze in der Hand, die er von dem grau blonden Haar genommen hatte.

„Was — was willst du?“ fragte sie hastig, als sie allein waren.

Er war schweigsam so still und zurückhaltend wie sonst, aber seine Augen hafteten ein wenig ängstlich auf Salome.

„Du mußt mir helfen,“ sagte er leise.

Sie wußte schon, daß irgendein Unglück an sie kam, und fiel in ein Fieber der Erregung.

„Was — was denn?“ flüsterte sie zurück.

Und in heftigen, gestürzten Sätzen legte sie ihre Unterhaltung fort. Heini beachtete, daß keiner Luzia Vater eine Summe Geldes zu zahlen habe, ansonst er ausgespändel werde und keine Stellung verliere. Er, Heini, habe versprochen, ihm zu helfen.

„Du hast versprochen?“ fragte Salome. Bist du von Sinnen? Du weißt, daß ich das Geld nicht habe.“

Heinis hohe Stirn rötete sich, wie sie es nie gesehen hatte. Dann begann er in unwilligen und rauhen Worten dazwischen, daß er es unecht finde, wie sie, die Mutter, mühsam das erradere, was sie ihm gebe, während der Vater, sein lieblicher Vater, der in glänzenden Verhältnissen lebe, nichts für sie und ihn tue. Warum er nicht hin sollte zu ihm? Einmal mit ihm reden, einmal sehen, ob er überhaupt nichts von ihm wissen wolle?

Salome wurde weiß. Ihr schwindelte. Woher ihm all diese Gedanken kamen? Sie wußte, daß er in letzter Zeit viel mit allerlei unzutreffenden Arbeitern verkehrt. Ein paar mal hatte er Bemerkungen fallen lassen, die verrieten, daß er neidisch war auf Leute, die es besser hatten als er. Sie wollte sprechen, aber er fuhr weiter und schändete Petermanns Notlage. Er erklärte leidenschaftlich, daß er das Geld haben müsse.

Endlich kam sie zu Wort. Ihre kleine Gestalt zuckte und bebte. Selbst was sie sprach, hatte etwas Zudendes, Verzerrtes: „Was du verlangst, ist gar unmöglich. Du hast auch keine Pflicht, zu geben, was du nicht hast.“

„Ich lasse nicht von Luzia,“ hielt er ihr entgegen. „Ich meine es ehrlich mit ihr. So muß ich ihrem Vater helfen.“

„Du mußt — mußt! — Und ich bin dir denn gar nichts?“

Er sah zu Boden. Sie wußte nicht, ob ihre Worte ihn getroffen hatten. „Ich sage dir, ich kann dir das Geld nicht geben,“ fuhr sie fort. „Ich habe es nicht.“

Da antwortete er, immer ohne sie anzusehen und zögernd, ungerne: „So gehe ich zu Hitzel. Ich muß es haben.“

„Heini!“ fuhr Salome auf.

Im nächsten Augenblick besann sie sich. Brändli konnte sie hören. Sie legte die Hände ineinander, nach Ruhe ringend, und ging auf Heini zu. „Wenn du das tußt!“ drohte sie.

Nun sah er vielleicht, daß er sie in seiner Gewalt hatte. Er mußte widerstrebend, aber trübselig und verstockt seine Macht. „Tu, wie du willst,“ sagte er, „ich — ich muß das Geld haben.“

Salome lief zum Fenster und sah in die Straße hinaus. Aber sie wußte nicht, was sie sah. In ihrem Kopf war eine Marter von Gedanken. Das Mädchen, die Luzia, stahl ihr den Sohn! Dem war es nicht leicht geworden, so zu ihr zu kommen; aber die andere war stärker als sie. Wie angelhmiedet war Heini an das Mädchen! Und wenn sie, Salome, ihm nicht den Willen tat, verlor sie ihn ganz! Und — und — wenn er seine Drohung wahr machte? Zu Hitzel ging?

„Ich muß fort,“ sagte da Heini. „Und ich kann nicht helfen.“

„Ich gehe zu Hitzel, zu — dem Vater.“

„Das tußt du nicht,“ sagte Salome.

Sie zitterte jetzt nicht mehr. Die Verzweiflung rief sie vorwärts. Sie war nicht bei klaren Sinnen, sprach und handelte nur instinktiv aus der Erkenntnis heraus, daß er nicht tun durfte, was er drohte. „Daß mir Zeit bis morgen. Ich — ich will dir dann das Geld geben.“

„Ich danke dir,“ sagte er. Er streckte ihr auch die Hand hin, aber sie nahm sie nicht. Da ging er der Tür zu. Er hatte das Bedürfnis, ihr ein abbittendes und liebevolles Wort zu sagen, aber er konnte nicht aus sich heraus. Er drehte sich auf der Schwelle noch einmal um. „Ich muß ihnen helfen, der Luzia und —“ starrte er, aber dann wendete er sich rasch ab. Ihr Anblick quälte ihn, und er wollte es nicht zeigen.

Sie hörte die Tür ins Schließ fallen. Mitten in der Stube stand sie und besann sich. Aber die Gedanken gehorchten ihr nicht. Dann fiel ihr ein, daß sie zu Brändli zurück mußte. Und — und das Geld — das Geld mußte her.

Sie ging der Doppeltür zu, aber sie stockte wieder. Sie hatte nicht den Mut, hinüberzugehen. Dann ließ sie die Zähne zusammen und öffnete die Tür.

Brändli blühte von seinem Buche auf, als sie eintrat. „Es war der Bruder von der Freundin in Feldstetten,“ sagte sie kurz.

Sie begab sich an ihre eigene Arbeit zurück. Aber als sie schon zu schreiben begann, peitschte das Gewissen sie wieder auf. Warum sagte Brändli nichts? Bewunderte er sich? Hatte er irgend einen Verdacht?

„Er hätte mir alles ebenjogut hier sagen können. Es war kein Geheimnis,“ bemerkte sie lachend. Und als sie es gesagt hatte, war ihr, nun habe sie sich erst recht verdächtig gemacht.

Brändli schaute sie freundlich an. Und doch lag in seinen Augen wieder die Frage: Was mag mit dir sein, du armer Mensch, du?

XV.

Das Geld! Das Geld! Es mußte doch her. So ging es vielleicht! — und vielleicht so! — Nein, nein, so nicht! — Und so wiederum nicht!

Jede Minute im Tage hatte jetzt Stimme und sagte: Das Geld! Und jede Minute am Tag und am Abend und in der Nacht mußte einen Rat. Aber viele der Räte taugten nichts. Nur einen wiederholten sie immer wieder: Du hast es doch in der Gewalt, kannst es aus einer der Kassen nehmen. So und so machst du die Einträge. Niemand merkt es. Und später kannst du es — vielleicht wieder zurücklegen. Natürlich wirst du es können!

Salome war nicht umsonst so völlig eingearbeitet in alle Zweige ihrer Geschäftstätigkeit. Sie sah einen genaueren, festeren Weg, hatte alles in der Hand. Es machte ihr keine Mühe, den Betrag zusammenzubekommen, wenn sie einmal entschlossen war, ihn so zu finden.

In der Nacht kam ihr der Entschluß. Es hatte ihr gearaut. Sie war nicht zu Bett gegangen, sah angekleidet in einem Winkel ihrer Stube und trat, obwohl es Sommer war. Die Schnulch war wieder gekommen, alle Last von sich abwälzen, reden, reden zu dürfen. Und die andere Schnulch, daß alles noch wäre wie einst, als sie jung gewesen. Dann ergriff sie eine tiefe Erschöpfung. Und müde, nur um endlich des Grübelns überhoben zu sein, wählte sie den Weg, der am nächsten lag und am einfachsten war.

Am folgenden Morgen nahm sie das Geld und machte die nötigen Buchungen, welche das Fehlen der Summe verdeckten. Johann Paul Brändli war nicht anwesend, als sie es tat. Am Abend brachte sie den Betrag Heini und erntete einen angemessenen Lohn. Er hatte vielleicht wenig Hoffnung gehabt. Nun sah ihm die Freude heiß im Gesicht und Augen, und wie tief es ihm ging, das verriet ein Aufschluchzen, das er wohl verberg, das Salome aber doch hörte. Seine Hand drückte die ihre und ließ lange nicht los. Sie empfand eine milde Befriedigung und trug sie nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Ämtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 68 vom 21. September 1923 enthält: (6731)

Gebührenordnung des Polizeiamts. — Tarif für den Regelschleppbetrieb auf dem Elbe-Trade-Kanal.

Bekanntmachung.

Der Geldwert des tarifmäßigen Deputats der land- und forstwirtschaftlichen Deputatempfänger für den Steuerabzug vom Arbeitslohn wird mit Wirkung vom 16. September d. J. ab für den Bezirk der Finanzämter Lübeck und Gütin wie folgt festgesetzt:

- a) 30 Zentner Getreide zum Großhandelspreis 3 699 000 000
- b) Milch: 1095 Liter je 144 000 M 157 680 000
- c) 1 Ferkel 28 000 000
- d) Ferkelzucht 30 084 000
- e) Kartoffelland 22 000 000
- f) Wohnung 86 000

zusammen jährlich 3 936 800 000 bei 2800 Pflichtarbeitsstunden, mithin jährlich 1 406 000 Lübeck, den 19. September 1923. (6722)

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck Abteilung Ia für Besitz- und Verkehrssteuern.

Erster Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betreffend den Markt am Holstentor.

Für § 4 Ziffer 3 Satz 1 werden die Beträge von 1 000 000 M. und 800 000 M. erhöht auf 2 000 000 M. und 1 500 000 M. Lübeck, 21. Sept. 1923. Das Polizeiamt. (6746)

Die Gebühren für behördliche Maßnahmen im Verkehr mit Kraftfahrzeugen werden ab 21. d. Mts. auf das 80fache der Höhe vom 2. März 1923 erhöht. Lübeck, d. 19. Sept. 23. Das Polizeiamt. (6711)

Teerhof.

Die Gebühren und Lagermieten sind vom 21. d. Mts. ab weiter erhöht worden. Lübeck, 20. 9. 1923. Die Finanzbehörde. (6719)

Höchstpreis

für Vollmilch ab 22. September 1923 M. 5 400 000.— je Liter. Lübeck, d. 21. Sept. 1923. Das Landesverwaltungsamt. (6747)

Brennstoffhöchstpreise.

Ab 22. Sept. 1923 werden nachstehende Höchstpreise festgesetzt:

- Brechtlofs über 20 mm 4,55 Goldmark,
- Eisformbrütens 3,70 Goldmark,
- Grudelofen 1,97 Goldmark,
- Braunofenbrütens 1,85 Goldmark.

Der Preis ab Lager ermäßigt sich um 15 Goldpfennige. Die Umrechnung in Papiermark erfolgt im Verhältnis 1/4 Dollar = 1 Goldmark nach Maßgabe der amtlichen Festsetzung des Dollarkurses (Goldkurs) des dem Tage der Bezugsung vorausgegangenen Tages.

Übersteigerungen werden auf Grund der Preisreiherei-Verordnung bestraft.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft

nahrung und Landwirtschaft und des Reichsministers vom 26. Juli 1923 ein Verzeichnis der Preise für Holz, Kohlen, Koks und Breitsens an der Verkaufsstelle an gut sichtbarer Stelle auszuhängen ist. Lübeck, d. 21. Septbr. 1923. Landesverwaltungsamt. (6748)

Chefrau Henriette Kötzow, geb. Fischer, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wittmann, Lübeck, klagt gegen Schlosser Wilhelm Kötzow, unbekanntes Aufenthaltsort, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheitern und Beflagten für schuldigen Teil zu erklären. Klägerin ladet Beflagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor Zivilkammer III des Landgerichts Lübeck auf Dienstag, 27. November 1923, morgens 10 Uhr mit Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Zum Zwecke öffentlicher Zustellung an Beflagten wird dieser Klagenzug bekannt gemacht. Lübeck, 17. 9. 23. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts. (6713)

Wir haben

- Herren-Anzüge
- Lodenmäntel
- Knaben-Anzüge
- Damen-Blusen
- Röcke, Kleider
- Baumwollstoffe
- Kleiderstoffe
- Trikotagen
- Strümpfe, Socken
- Damenhemden
- Schürzen
- Nähgarn
- Schuhwaren

einige billige Posten sehr günstig kaufen können, die wir

zu halben Tagespreisen

Sonnabend, den 22. Septbr.

zum Verkauf stellen.

6749

Karstadt A.-G.

Stoffe

für Anzüge, Kostüme, Mäntel, Schlüpfer und Joppen

trotz des gewaltigen Steigens, kaufen Sie bei uns noch zu

stannend billigen Preisen

NUR Böttcher-Str. 21

6745

Landrentenliste für den Landesteil Lübeck.

Vom 17. September 1923 ab hat der Vorstand nach der Verordnung der Reichsregierung vom 1. September die Lohnkäufen und Grundlöhne geändert. Die jetzt gültigen Lohnkäufen und Grundlöhne liegen im Geschäftszimmer der Kaffe zur Kenntnisnahme aus. Der Höchstgrundlohn ist auf 36 000 000.— M. heraufgesetzt. Für die Zeit vom 17. bis zum 23. September betragen die Tagesbeiträge für Dienstmädchen in der Stadt sowie für Weibstrauen 1 095 000.— M., für Arbeiterinnen und Wochenlöhner 2 340 000.— M., für Deputat, Fort- und Freiarbeiter sowie für Schweizer, Hanshalter und Weierdeckerwaller 3 600 000.— M. Gütin, den 20. September 1923. Der Vorstand. (6728)

Stadthallen

-Lichtspiele. Heute u. folgende Tage der vielbesprochene in Lübeck aufgenommene Film:

Buddenbrooks

nach dem Roman von Thomas Mann mit Mady Christians u. Alfred Abel.

Filmkurier: Einer der besten Filme, die man gesehen hat, und einer der besten Erfolge.

Lichtbildbühne: Endlich ein „Deutscher Film“, und kein Ausland wird ihn uns nachmachen können.

Der Vorwärts: Die filmische Inszenierung konnte in der malerischen Schönheit des alten Lübeck wirklich schön sein. Es ist ein wirklich schönes Bild eines Lübschen Patriarchenhauses aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts. (6738)

Fix u. Fax im Zirkus

Amerikanische Grotte in 2 Akten. Das malerische Lübeck.

Auf unsere hervorragendste Hauskapelle wird besond. hingewiesen. Kassenöffn. 1 Stunde vor Beginn.

Bekleidungs-Arbeiter-Verband Lübeck.

Sonnabend, den 22. September, Anfang 7 Uhr

im Moislinger Baum: Großer Herbstball

verbunden mit Buntem Abend unter Mitwirkung des beliebten Lübecker Harmonisten Hans Walter Stier sowie Frau Matzinger vom Hansa-Theater. Das Festkomitee. (6741)

1. Bandonion-Konzert 1923/24



ausgeführt vom **Konzertklub Lübeck** (Köngl. d. Deutsch. Konzertina u. Band.-Vds.) Dirigent: Hans Goldt 6716 **am Sonnabend, d. 22. Sept., im Gewerkschaftshaus. Beginn 7 1/2 U.**



Der weise Zauberer bin ich, Auf Vielerlei versteh' ich mich. Ich zeige hier für Jedermann, Was Erdal alles leisten kann.

Erdal

Schuhpasta Bohnerwachs Werner & Mertz A.-G. Mainz

Zentral-Theater

Geöffnet 1859 — Johannisstraße 25

Bis einschl. Montags:

Die verlorene Stadt. Der schwarze Puma

6 Akte. Von der Großstadt verschlungen.

Italienisches Sittendrama in 5 Akten. (6720)

Der mißglückte Selbstmord

Gezeichnete Trüffilm. Spielzeit von 4-11 Uhr. Orchesterbegleitung.

KOLO SSEUM

Morgen Sonnabend: **Gr. Herbstball** Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (6729) Maschinenmeister-Verein Lübeck.

Café Bernhardi

Fackenburger Allee 9. Täglich nachm. Konzert. (6502) u. abds.: Konzert.

Hedermans

8 Uhr. (6672)

Zentral-Hallen.

Sonnabend u. Sonntag **TANZ.** (6737)

Hansa-Theater.

Heute Freitag 7 1/2 Uhr: Der durchschlagende Erfolg

Zum vorletzten Male: **Der Leibkutscher des Fiedericus Rex.** (6735)

Sonnabend, Sonntag und Montag, 7 1/2 Uhr:

Die Schönste der Frauen.

Don. 5 Uhr.

Trocadero.

Schlüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte.

(6714)

Stadttheater Lübeck.

Sonnabend, 7.30 Uhr: Volksbühne: (6712) Die Weber.

Sonntag, 11 Uhr: Vortrag v. Kapellmeister Mannstaedt ab Rheingold.

2.15 Uhr nachm. Fremdenorff. **Cavalleria rusticana, Der Bajazzo.**

8 Uhr: Gastspiel von Willh. Buers-Hamburg als Wotan und Rammerfänger W. Paul v. Opernhaus Hannover als Alberich in Rheingold.

Einführung der Theater-Ab. 2. Rate für Donnerstag-Ab. 21. u. 22. Sept. a. d. Theaterkasse.

Nichtamtlicher Teil

Zu tauschen schöne 2-Zimmer-Wohn. Holz-Eid geg. gr. abgeteilt. 2 od. 3-Zimmer-Wohn. Ang. mit 6 298 an die Exp. d. Bl. (6725)

2 beq. Seffel

zu verkaufen. (6734) Klappenstr. 18, Dierich.

Kleiner Kind-Wagen fast neu zu verl. (6732) Hühnergrube 45.

Zu verkaufen 2 Damen-Wintermäntel, 2 Herrenmäntel, 1 Paar Damen-Halbhaube, Nr. 2. (6721) Poststraße 19, I.

Große Zettel

zu verkaufen. (6727) Percevalstraße 21.

10 Jungbier

zu verkaufen. (6733) Poststraße 11.

Zweiige Kartofeln geg. Herrenschrad. Ang. u. 6 298 an die Exp. d. Bl.

Zu tauschen gesucht ein Gerrentad gegen Gemütskränkel und grauen Anzug (mittler Größe), nachmittags zw. 3-5 Uhr. (6742) Hüh. Gartenstr. 14, II.

Ciparanto-Mehrbuch z. Dr. Mohr zu kauf. gel. Angebote mit Preis u. C 297 an d. Exp. (6718) Wer nimmt teil an Ciparanto (Selbstunterricht)? Zuschriften erb. u. C 298 an d. Exp. (6717)

Auskopien von Tieren. Paul Paschen, Lübeck, (6740) Augustenstr. 25a. NB. Verkauf von verengten Tieren.

Einerebler. Sonnabend u. 4-6 Uhr. (6724) Brauerei Stamer

Kern- und Toiletten-Geife

billig im Zeitverhau **Stiergrube 43.** (6721)

Antoni von Gold, Silber, Bronze, Platin. (6715) Hermannstr. 13.

Ehlers & Reetzwich

Holstentor 1. St. Petri 2-1.

Wir sind billig!

Herren- u. Knaben, Damen- und Kinder-Garderoben, Kleiderstoffe, Anfertiger, Betten, Wäsche, Herste und eleg. Schuhwaren, Reife, Abjunkte. (6723)

Bekannt reelles Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Communistische Partei Deutschlands

Morgen Sonnabend, nachmittags 6 Uhr: (6743)

Große Volks-Versammlung auf dem Marktplatz.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 21. September.

An die Erwerbslosen Lübecks!

In den Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der Erwerbslosen mit den Beauftragten des Senats am 18. d. M. wurde nachstehendes Ergebnis erzielt:

1. Alle Erwerbslosen, die am Donnerstag, dem 20. September eine Woche Unterstützung bezogen haben und ein Brot bisher nicht geliefert erhalten haben, wird am Freitag ein Brot verabfolgt.
2. Es sollen Speisehallen zur allgemeinen Benutzung eingerichtet werden, in denen gegen Entgelt zum Selbstkostenpreis warmes Essen verabfolgt wird, insbesondere soll die Volkstüche wieder eingerichtet werden.
3. Wegen Zulassung von Stubbenroden ist die Forstverwaltung vom Senate beauftragt worden, sich möglichst umgehend dazu zu äußern, welche Schläge von Stubben vorzuziehen sind. Ferner ist die Forstverwaltung beauftragt worden, durch Sachverständige prüfen zu lassen, ob aus den Forsten Holz für Winterfeuerung für Bedürftige zur Verfügung gestellt werden kann.
4. Der Wunsch wegen zweimaliger Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und zwar jeweils am Montag und Donnerstag wird dem Reichsarbeitsministerium befürwortend unterbreitet werden.
5. Der Senat ist bereit, beim Reichsarbeitsministerium für die Heraushebung der Verdienstgrenze der Erwerbslosenunterstützung für Väter, die für erwerbslose Söhne unterhaltspflichtig sind, einzutreten; wobei bemerkt wird, daß in Lübeck bisher schon in weitgehendstem Maße Ausnahmen gemacht worden sind.

Neben diesen Hilfsmassnahmen wird beschleunigt an der Vergrößerung des Umfangs der Notstandsarbeiten gearbeitet.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck.
J. A.: Dreger.

An alle Arbeitnehmer Lübecks!

Betriebsräte, Betriebsobleute, Baubelegierte!

Die Notlage der Erwerbslosen wird von Tag zu Tag schlimmer. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck, richtet daher an alle Funktionäre der Gewerkschaften und alle übrigen Arbeitnehmer Lübecks die dringende Bitte, unter allen Umständen in der heutigen Zeit Überstunden, die nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind, abzulehnen. Wo Überstunden aus dem angeführten Grunde notwendig sind, sollten die Betriebsräte Gewicht darauf legen, die Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft für die Leistung derartiger Überstunden einzuholen. Zu Beginn der nächsten Woche werden sämtliche Betriebsräte und Gewerkschaftsvorstände zu der Frage der Erwerbslosigkeit und ihrer Bekämpfung Stellung nehmen, und entsprechende Beschlüsse fassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck.

Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am Mittwoch abend tagte in der Aula des Katharinerums der Ausschuss, um über einige Satzungsänderungen, die der Vorstand infolge Aenderung der Reichsversicherungordnung, sowie durch die Geldentwertung bedingt, vorgelegt hatte. Der Satzungsantrag, in diesem Fall der 13., wurde genehmigt. Die einschneidendste Frage, die Festsetzung des Grundlohnes und der Beiträge fand folgende Lösung: Die höchste Lohnstufe wird dadurch errechnet, daß nach der Verordnung des Arbeitsministeriums die wöchentlich veröffentlichte Reichsindexzahl mit 7 multipliziert wird. Die weiteren zehn Lohnstufen werden dadurch gebildet, daß der Grundlohn immer in jeder Stufe um den zehnten Teil des Höchstgrundlohnes herabgesetzt wird. Es werden künftig also wöchentlich jeden Freitag neue Tages-Grundlöhne festgesetzt, die in den Zeitungen veröffentlicht werden. Natürlich verändern sich dadurch auch jedesmal die Beiträge, die ein Zehntel des Wohngrundlohnes betragen. Durch diese wöchentlich sich ändernden Beiträge wird der Verwaltung sowohl, wie den Arbeitgebern eine bedeutende Mehrarbeit zugemutet. Diese muß aber in Kauf genommen werden, da die Ausgaben der Kasse sich derartig gesteigert haben, daß auf andere Weise an ein Durchkommen nicht zu denken ist. Das Durchhalten wird aber, wie der Vorstandsvorsitzende ausführte, dadurch, daß viele Lieferanten der Kasse, z. B. die Apotheken, die Bandagisten und die Optiker, ihre Preise nach Gold berechnen, bedeutend erschwert, da die Goldpreise den Index stark übersteigen. Der Vorstand könne daher keinen andern Weg vorschlagen, als an den Leistungen abzubauen. Er beantragte daher, so schwer ihn auch ein solcher Schritt werde, die Familienversicherung für einige Zeit aufzuheben. Gegen diesen Antrag wurde namentlich seitens mehrerer Vertreter energisch protestiert und gefordert, auf andere Weise einen Ausgleich zu schaffen, schließlich wurde eine Ausschusskommission eingesetzt, die in Verbindung mit dem Vorstand die ganze Angelegenheit noch einmal überprüfen und einer demnächst zu berufenden Ausschüttung Bericht erstatten soll. Beschlüssen wurde noch, eine schon vom Oberversicherungsamt genehmigte Aenderung der Dienstordnung.

Eine Bekanntmachung über den Geldwert des tarifmäßigen Deputats veröffentlicht das Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck in amtlichen Teilen unserer heutigen Ausgabe.

Der Goldumrechnungsatz für die Landabgabe beträgt vom 22. bis 25. September einschließlich 33 600 000 M.

Basilöhne der Landarbeiter. Zur Errechnung der Löhne der in den Zusatzvereinbarungen zum Provinz-, Dithmarscher- und Jelmehraner Tarifvertrag vorgesehenen Gruppen gilt für die Lohnzahlung am 22. September laut Hamburger Börsennotie-

rung vom Mittwoch, dem 19. September 1923 der Preis von 290 Mill. M. + 25 Proz. pro Zentner Roggen.

Ueberrückige Beamte. Was bei einer Zensur von untergeordneten Polizeibeamten herauskommt, ergab eine Schöffengerichtsverhandlung am Dienstag in Lübeck. Angeklagt war ein hiesiger Lichtspielunternehmer. Ein Oberwachmeister will feststellen haben, daß bei einer Vorführung der Teil eines Bildstreifens mitgezeigt wurde, der bei der Reichszensur ausgeschnitten wurde. Der Film wurde während der Vorstellung beschlagnahmt und der intimierte Teil, 1,70 Meter, ausgeschnitten. Dieser Ausschnitt lag dem Gericht vor. Das Gericht verglich den Bildstreifen mit der Reichszensurkarte und stellte durch die eidliche Aussage des Filmlieferanten fest, daß die verbotene Stelle vorchriftsgemäß entfernt war und der durch den Polizeibeamten beanstandete Teil aus dem humoristischen Film erlaubt sei. Dabei passierte dem Beamten, der die Anzeige gemacht hatte, das Mäheur, daß er auf die Frage des Vorsitzenden, was er denn bei der Vorführung des Films gesehen habe, nicht antworten konnte, weil er die Wahrnehmung nicht mehr im Gedächtnis hatte. Das tollte aber ist, daß der Unternehmer die Kosten des Prozesses zu zahlen hat, obwohl er freigesprochen wurde. — Ein weiterer interessanter Fall in der gleichen Verhandlung war der Freispruch gegen denselben Angeklagten, der einem Kriminalbeamten nicht die Beschäftigung seiner Betriebsräume gestatten wollte, obwohl der Beamte einen Auftrag hatte. Da der fragliche Beamte aber glaubte, den Auftrag nicht schriftlich vorweisen zu brauchen, wurde er mit Recht zurückgewiesen. Obendrein stellte das Gericht fest, daß im vorliegenden Falle der Beamte überhaupt kein gesetzliches Recht hatte, den Betriebsraum zu betreten, da er kein dem Unternehmer bekannter revidierender Beamter sei. Da sich das Gericht den treffenden Darlegungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. H a u n, auch in dieser Sache anschloß, erfolgte auch hier Freispruch. 3.

Im Polizeiverkehr treten folgende Aenderungen ein: a) ab 22. September: Der Reifbetrag für Postkarte wird von 2 auf 5 Milliarden und der Reifbetrag für telegraphische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen von 500 Millionen auf 1 Milliarde Mark hinaufgesetzt; b) ab 1. Oktober: Durch Zahlkarte können auf ein Postkontokonto nur Beträge, die auf volle tausend Mark lauten, eingezahlt werden.

Evangelischer Krankenpflegerverein. Aus dem Vorstand des Vereins wird uns geschrieben: Es hat eine Zeit gegeben, wo dem Verein und damit unserer Stadt die Gefahr einer durch die Not erzwungenen Arbeitseinstellung drohte. Was es bedeutet hätte, wenn zu allem Uebrigen die Unmöglichkeit einer genügenden Versorgung unserer Kranken getreten wäre, bedarf keiner weiteren Ausmalung. Die Gefahr schien völlig beseitigt als im März d. J. staatliche Hilfe einsetzte. Die Zahl der Schwestern konnte wieder auf 8 erhöht werden; die Einstellung einer so nötigen neunten Schwester, die auch in der Senatsvorlage vom März d. J. in Aussicht genommen war, bleibt eine noch zu löbende Aufgabe. Von den Heimen, in denen sich die Arbeit der Schwestern zentralisiert, blieben vier erhalten: das Heim in der Schumacherstraße, in der Al. Burgstraße, in der Lindenstraße und in der Reiferstraße. Seit dieser Neuorganisation sind sechs Monate ins Land gegangen, was damals galt, gilt heute nicht mehr. Die immer wachsende pekuniäre Notlage hat einen Grad erreicht, der alles wieder in Frage stellt, wenn nicht sofortige Hilfe einsetzt. Diese Hilfe wird ja vor allem von staatlicher Seite kommen müssen; aber es handelt sich um einen zweiten Faktor, um ausgiebige Hilfe von privater Seite, sei es durch einmalige oder laufende Beihilgen oder aber durch Ueberweisung von Lebensmitteln aller Art an den Haushalt der Schwestern. Daß unsere Bevölkerung hier nicht versagt, darauf kommt im Augenblick alles an. Unsere Kranken sind in Gefahr; wer hilft? — Bankkonto des Vereins für evang. Krankenpflege: Lübecker Privatbank. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptpastor Kanth, und die Heime sind ebenfalls bereit, Gaben in Empfang zu nehmen.

Mietwucher. Zu der Veröffentlichung über die Vermietung möblierter Zimmer unter dieser Stichmarke bittet uns Frau Schwahn mitzuteilen, daß ihr ein Särzmeister unterlaufen sei. Es handelte sich um ein flüchtig geschriebenes Angebot, das in Wirklichkeit nur auf den Gelbeswert von zwei Pfund Butter pro Monat lauten sollte. Im übrigen seien es gut möblierte Wohn- und Schlafzimmer und ein besonderer Raum als Küche mit Kochgelegenheit. Die Zimmer seien bereits zu einem ordentlichen Preise vermietet worden, ehe die kritisierte Offerte in unseren Besitz gelangt sei. — Wir bringen auf Wunsch diese „Berichtigung“, beharren aber auf unserem Standpunkt, daß eine Berechnung der Mieten nach Naturalien absolut unzulässig ist, auch wenn man sich „verschreibt“.

Fallender Dollar — Steigender Butterpreis.

Die Hamburger Notierungskommission hat den Butterpreis auf 60 Millionen Mark, den Milchpreis auf 6 200 000 Mark festgesetzt. — In Lübeck kostet die Milch 5 400 000 M.

Unternehmerwillkür.

Die fürchterliche Teuerung, die unaufhaltsam fortschreitende Geldentwertung bringt die Arbeiterkassen fast zum Verzweifeln. Not und Verelendung nehmen immer unerträglichere Formen an. In den meisten Großbetrieben und auch in vielen Kleinbetrieben ist durch Vereinbarung eine zweimalige Lohnzahlung pro Woche eingeführt. Trotzdem gibt es immer noch einzelne Unternehmer, die da glauben, sich durch besonders schroffes Verhalten ihren Arbeitern gegenüber auszeichnen zu müssen. Zu diesen Unternehmern gehört auch die Firma W. Torkuhl, Baugeschäft. Für die vom 30. August bis 5. September laufende Lohnwoche zahlte die Firma ihren Arbeitern am Lohnungstage einfach einen Vorzahlung von 30 Millionen Mark aus. Der Lohn der Bauarbeiter betrug ca. 65 Millionen Mark. Am Montag, dem 10. September, nahm die Belegschaft in einer Betriebsversammlung zu dem Verhalten der Firma Stellung. Einmütig kam hier zum Ausdruck, daß die Firma für die am Montag nachgezahlte Restlohnsumme einen der Geldentwertung entsprechenden Aufschlag zahlen müsse. Der zu der Verhandlung herbeigekommene Vertreter der Firma, Herr Torkuhl jun., erklärte, daß er diese Summe nicht zahlen könne und wolle. Von mehreren Kollegen wurde hervorgehoben, daß der Aufschlag unbedingt gezahlt werden müsse, da der am Montag ausgezahlte Restlohn am Freitag tarifmäßig fällig gewesen sei. In dem Verhalten der Firma, so wurde von einem Kollegen hervorgehoben, liege ein besonders kraßes Hervortreten des Herrin-Haule-Standpunktes. Die Belegschaft gab dem Vertreter der Firma anheim, nochmals mit dem Chef der Firma die Sache zu besprechen und am Mittwoch mit dem Betriebsrat über diese Angelegenheit zu verhandeln. Im Interesse einer gütlichen Vereinbarung erklärte sich die Versammlung bereit, den Aufschlag auf die Hälfte der eingetretenen Teuerung zu bemessen. In einer am Donnerstag, dem 13. September, stattgefundenen Betriebsversammlung berichtete der Obmann des Betriebsrates, daß die Firma

sich weigere, den Aufschlag zu zahlen, da sie dazu nicht in der Lage sei. Der Bericht rief allgemeine Entrüstung hervor. Die Belegschaft nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der Firma scharf verurteilt wurde und in der der Wille zum Ausdruck kam, durch einheitliches Handeln jeder Unternehmerrückfall entgegenzutreten.

Die Belegschaft und der Betriebsrat der Firma W. Torkuhl.

Ein Fernbrief 2 Millionen Mark?

Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Berlin: Als Folge des Währungserfalles ist zum 1. Oktober eine neue erhebliche Erhöhung der Postgebühren zu erwarten. Das Briefporto für einen Fernbrief wird voraussichtlich zwei Millionen Mark betragen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung Gewerkschaftsvorsitzende der ADGB, Ufa und UDB, Betriebsräte, Betriebsobleute, Baubelegierte! Am Dienstag, dem 25. d. M. findet eine gemeinsame Versammlung der obgenannten Funktionäre der Gewerkschaften statt, die sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigen wird. Wir bitten, an diesem Tage keine weiteren Veranstaltungen abzuhalten.

Der Vorstand des ADGB.

Der Konzertklub Lübeck veranstaltet am Sonnabend, dem 22. September ein Bandonion-Konzert im Gewerkschaftshaus.

Stadttheater. Sonnabend für die Volksbühne: „Die Weber“. Sonntag, abends 8 Uhr, werden in der „Rheingold“-Aufführung Herr Wiltz, Buers vom Hamburger Stadttheater als Notan und Herr Kammerlänger Wiltz Paul vom Opernhaus Hannover als Ueberich gastieren.

Hantheater. Sonnabend, Sonntag und Montag letzte Vorstellungen der Operette „Die Schönste der Frauen“. Für diese Vorstellungen ist Fräulein Margaret Wagner von der Volksooper Hamburg als Gast gewonnen.

Angrenzende Gebiete.

Seereis. In einer öffentlichen Volksversammlung, die morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr in der Gastwirtschaft von Cords stattfindet, spricht Dr. Leber über die politische Lage. Zahlreiche Erscheinungen sind erwartet. Sozialdemokratische Partei. J. A.: Sell.

Neustadt i. S. Dachpfannen vom Grund des Meeres. Dieser Tage hat ein seit Wochen in der Neustädter Bucht tätiges Kletter Bergungsfahrzeug den Reif der vor mehr denn 100 Jahren auf dem Grund des Meeres geratenen Dachpfannen gehoben. Sie wurden am Bollwerk aufgestapelt. Bei der Reibergung handelt es sich um etwa 4000 Pfannen. Es verläutet, daß sie für 40 000 Mark das Stück an das Gut Tostorf verkauft worden sind. Zugleich mit der Bergung des restlichen Teiles der damals verjunkten Dachpfannenladung erfolgte die Hebung des Schiffsbodens. Er wurde hiesigen Fischern als Brennmaterial unentgeltlich überlassen. Jetzt geht das Bergungsfahrzeug an die Hebung von Eisenteilen.

Sport.

Am kommenden Sonntag (23. September) kann der Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Lübeck auf sein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Am den Tag würdig zu begehen, findet eine Veranstaltung auf dem Sportplatz Buntamshof statt. Es soll dieses Mal gezeigt werden, daß der Verein nicht allein auf turnerischem Gebiete gewachsen ist und Fortschritte gemacht hat, sondern auch auf sportlichem Gebiet vorwärts schreitet. Morgens 9 Uhr werden auf obigem Platz volkstümliche Wettkämpfe innerhalb des Vereins ausgetragen, wo jeder seine Kräfte und sein Können im friedlichen Wettkampfe messen kann. Hoffentlich ist der Wettkampf uns gnädig; dann wird unsere Veranstaltung, dank der guten Meldungen, auch für jeden noch lange in Erinnerung bleiben. Nachmittags 3 Uhr werden Spiele in Schlagball, Faustball und Tamburinball ausgetragen, wozu auch einige andere Vereine ihre besten Spieler uns gegenüberstellen. Manches schönes Spiel wird gezeigt werden und mit Spannung sieht man schon jetzt einigen Resultaten entgegen. — Leider ist die Sommerpielzeit und somit das regelmäßige Spielen auf grünem Rasen beendet. Für unsere Leichtathleten und Spieler bedeutet dies einen harten Schlag. Aber es soll uns trotzdem nicht abhalten davon. Der Verein beachtet auch im Winter leichtathletische (volkstümliche) Übungsstunden abzuhalten, um im nächsten Jahre nicht mit eingetretener Gliedern zu beginnen. Darum ergeht nochmals an dieser Stelle an alle Arbeiterportler und Nichtportler der Ruf: kommt zu unserer Veranstaltung am Sonntag und überzeugt Euch von unserem Können und unserem Ziele. Meidet die Veranstaltungen bürgerlicher Vereine. Und du Arbeiter, wo du noch im bürgerlichen Verein bist, überzeuge dich und denke nach, wohin du gehörst.

Die Wettkämpfer müssen 8 1/2 Uhr auf dem Sportplatz sein und sich mit einer Sicherheitsnadel versehen zur Befestigung der Startnummern. Die Kampfrichter um 8 Uhr dabeif. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Genossen. H. R o o d s.

NB. Ein Ball wird die Beteiligten noch im Gewerkschaftshaus frühlich zusammen halten.

Wetterbericht.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 19. September. Nachdruck verboten.
23. September: Wärmer, zunächst sonnig bis heiter, aufsteigende SO-Winde, tags noch durchweg trocken, abends bezw. nachts westwärts ausgebreitete Regenfälle. 24. September: Kühler, meist trübe, starke bis stürmische S- und SW-Winde, im Nordsee Küstengebiet voller SW-Sturm, verbreitete öfters, vielfach ergiebige Regenfälle, stellenweise Gewitter. 25. Septbr.: Fortdauer der trüben, kühlen, stürmischen Witterung mit öfters Regen- und Sturmböen aus SW bis W.; im Küstengebiet wie im N. verbreitete Gewitter. 26. Septbr.: Unbeständig, im N. und O. noch stürmische NW-Winde mit Regen- und Sturmböen, im übrigen Bezirk aufklarend und vorherrschend trocken bei abflauenden NW-Winden. 27. Septbr.: Tags wärmer, aufklarend im S. und SW. heiter, mäßige NW-Winde, dünnweg überall trocken, nur im NO. noch vereinzelte kurze Regenschauer, nachts sehr kühl, stellenweise Reifgefahr. 28. Septbr.: Vielfach heiter, nachmittags angenehm, trocken, schwache NO. bis O.-Winde, nachts kalt, stichweise Reif bezw. leichter Frost. 29. Septbr.: Fortdauer der herrschenden Witterung mit Reif bezw. Frostgefahr.

Aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts für das Jahr 1922.

I. Arbeiter im allgemeinen, Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter.

Die Lage der Industrie war während des Berichtsjahres sehr wechselnd, wobei die Auswirkungen der Marktentwertung für das Wirtschaftslieben und den Arbeitsmarkt von bestimmendem Einfluß waren. Die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Personen erfuhr vom ersten bis zum dritten Vierteljahr eine Steigerung, alsdann ist ein Rückgang eingetreten. Am Schlusse des Jahres 1922 waren 13 647 (1921: 13 042) erwachsene Arbeiter und 655 (1921: 618) jugendliche Arbeiter, 2637 (1921: 2478) erwachsene und 60 (1921: 56) jugendliche Arbeiterinnen, zusammen 16 999 (1921: 16 194) Personen, beschäftigt.

Die Zunahme der Arbeiterzahl gegen das Vorjahr beträgt 4,9 Proz. Die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre hat eine Zunahme von 4,6 Proz. erfahren. Das prozentuale Verhältnis der erwachsenen männlichen Arbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeiter stellt sich auf 80,28 Proz. gegen 80,54 Proz. im Vorjahre.

In 244 industriellen Betrieben wurden außerdem 3317 Handels- und technische Angestellte und in 439 rein handelsgewerblichen Betrieben insgesamt 2902 Handlungsangestellte, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt.

Die Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten sind, namentlich in den größeren Betrieben, im allgemeinen eingehalten worden. Die Arbeiter und ihre Verbände sind bestrebt, die Durchführung der Verordnungen zu unterstützen.

Hinsichtlich der Durchführung der Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 wurde vom Handelskontrollamt festgestellt, daß häufig Ueberschreitungen der achtstündigen Arbeitszeit, besonders in den Banken und Expeditionsbetrieben, vorkommen. Die Tätigkeit des Aufsichtsbeamten wird in vielen Fällen von den Angestellten nicht genügend unterstützt, häufig war weder Arbeitgebern noch Angestellten die Verordnung überhaupt bekannt und ist erst durch die Berufsverbände darauf hingewiesen worden.

Ueberarbeitsbewilligungen sind nach Anhörung des Gewerbeaufsichtsamtes 20 Betrieben in 24 Fällen erteilt worden. In

allen Fällen haben die Betriebsräte ihre Zustimmung zur Ausführung der Ueberarbeit gegeben. Die Gesuche waren meist damit begründet, daß geeignete Facharbeiter für die Betriebe nicht zu erhalten waren.

Bei den Betriebsbeschäftigungen war in mehreren Fällen auf die Neuauflistung von Arbeitsordnungen gemäß § 80 Abs. 3 des BGB hinzuwirken. Es sind 6 Arbeitsordnungen und 2 Nachträge zur Prüfung eingereicht worden, wobei wesentliche Beanstandungen sich nicht ergeben haben.

Die Heimarbeit ist erheblich zurückgegangen und wurden bei der letzten Zählung nur noch 17 Personen von der Konfektionsindustrie und 2 Personen von Bürstenmachereien nachgewiesen.

Infolge des Abflauens der Beschäftigung in der Industrie im letzten Vierteljahr hat eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer von 841 Arbeitern und 168 Arbeiterinnen am 2. Januar 1922 auf 1382 männliche und 231 weibliche Personen Ende Dezember 1922 stattgefunden.

Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

Es wurden aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten gewerblichen Betrieben im ganzen 1462 Unfälle, davon 66 schwere und 7 tödliche bekannt.

Die Zahl der Unfälle im Verhältnis zur Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter ist von 7,91 Proz. 1921 auf 8,6 Proz. im Berichtsjahre gestiegen. Eine solche Steigerung der Unfallhäufigkeit liegt in Wirklichkeit nicht vor, denn die Zahl der Arbeiter ist im Laufe des Jahres bis zum dritten Vierteljahr erheblich gestiegen, dann aber zurückgegangen. Die Verhältniszahl stellt sich beim Vergleich mit der höchsten Ziffer erheblich niedriger.

Von den tödlich verlaufenen Unfällen ereignete sich einer in der Kesselschmiede einer Maschinenfabrik, woselbst ein Kessel mit dem Laufkran durch Anheben gemendet werden sollte. Hierbei wurde ein Kesselbruch, der sich in gefährdender Nähe des Kessels aufhief, beim Anheben der Last gegen einen in unmittelbarer Nähe liegenden Arbeiter gedrückt und dadurch tödlich verlegt. In einem anderen Falle wurde ein Arbeiter beim Zusammenklappen von Bodenblechen eines Leichters infolge des Umklappens hochkant auf die Fallungen aufgelegt, aber mangelhaft befestigter Gerüstbalken am Kopf tödlich verlegt. Einem Arbeiter des Geswerks fiel beim Abbringen von einer Leiter dieselbe auf den Rücken, wobei er sich eine Verletzung zuzog, die den Tod zur Folge hatte. Beim Herausziehen von Gerüstbalken aus dem

Wasser wurde ein Arbeiter von einem herabfallenden Balken getroffen und dadurch tödlich verlegt.

Bei den Beschäftigungen der Betriebe war vielfach auf die Abstellung von Mängeln an den Betriebseinrichtungen hinzuwirken. Es betraf zumeist mangelhaften Anfallschutz an den im Verkehrs- oder Arbeitsbereich der Arbeiter sich bewegenden Maschinenteilen oder Antriebsvorrichtungen. In Betrieben von Dampfmaschinenanlagen wurden in zwei Fällen überlastete Sicherheitsventile vorgefunden und fehlten an einigen Wasserstandsrichtungen die Schutzgläser. In einem Betriebe wurde die Verwendung eines ungeprüften Ätzenapparates für Schweißzwecke unterragt.

Es war wiederholt zu beobachten, daß Schutzvorrichtungen bei Veränderungen an Maschinen oder Getrieben entfernt worden waren, ohne daß sie nachher wieder angebracht wurden.

Die Mitwirkung der Betriebsratsmitglieder bei der Unfallverhütung einiger Großbetriebe war beachtenswert, während von anderen wenig Interesse den Bestrebungen entgegengebracht wurden. Vielfach verfügten die Arbeitervertreter über zu geringe oder technisch zu einseitige Erfahrungen, um die Gefahren richtig erkennen zu können.

Bei den Arbeiten an Pressen, Stanzen und Holzbearbeitungsmaschinen sind fast überall Stücklohnsätze üblich. Ein Einfluß dieses Lohnsystems auf die Unfallverhütung ist nicht zu beobachten.

Im letzten Jahre hat die Zahl der Lagerbetriebe, welche sich mit dem Handel von Lumpen und Almetallen befassen, sehr zugenommen. Die dafür benutzten Lagerräume waren häufig in mangelhaftem Zustande, insbesondere mußte ein unfallsicherer Zustand der Treppen und Lufen verlangt werden. Auch auf die Befestigung der Anzeigegeräte durch Lagernde Felle, Haare und Knochen war hinzuwirken.

In einem Betriebe war die Anbringung von Rauchabzügen über Schmelzöfen und in zwei Holzbearbeitungsbetrieben die Beschaffung von Entstaubungsanlagen zu verlangen. Die Unternehmer der letztgenannten beiden Betriebe weigerten sich anfänglich, der hohen Kosten wegen, die Anlagen zu beschaffen.

Seitens der Betriebsräte wird der Bekämpfung der Gesundheitsgefahren für die Arbeiter immer größere Aufmerksamkeit zugewendet. Sie nehmen an den Bestrebungen zur Beschaffung und Instandhaltung von Kleiderablagen und Waschgelegenheiten lebhaften Anteil.

Bei Einkäufen guckt man nie zu Instrumenten im neuen Zeitungs!

Promenaden-Café und Konditorei
Breite Straße 65 * Fernsprecher 415
Täglich: Künstler-Konzert.

Der beste Schwedenpunsch und Aquavit
Carl Larson & Co.
General-Vertreter:
Swedmark & Lundin,
Export Agenturen Import
Lübeck, Breite Str. 39
Fernsprecher Nr. 2003, 2013 und 2015.

Piano kauft ständig zu höchst. Preisen
Haußmann, Johannisstr. 14.

In **Honigs Tuchlager**
Fleischhauerstraße 71, laufen
Sie gut, reell und billig
Herren- u. Damenstoffe aller Art.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 46 :: Telephon 926
druckt alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen.

Gummischäden
an Fahrraddecken repariert
Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Hermann Wildhagen.
Fabrikmäßig eingerichtet!
Bedergrube 54. Fernruf 8383.

MAASS & CO.
G. m. b. H.
Kohlengroßhandel
Breite Str. 83
*
Fernsprecher
8604 und 8610.

Emaillhaus **Erich Schauer**
Königsstraße 35.

Schweizerhaus **Straelsdorfer Allee**
Fernsprecher 2394
* Restaurant, Konditorei und Café *
* Angenehmer Familienaufenthalt. *

Kaufen Sie bei mir?
Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Preiswürdigkeit meiner Ware!
REFORM-WERK
Telephon 2673 :: **ROBERT JENTZEN** :: **Muxstraße 50**
Schuhwaren, Reparaturen, Stepperei-Großbetrieb, Gummisohlen und -Absätze, Lederauschnitt.
Alle Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Größtes Spezial-Haus
Spille & v. Lüthmann
Feine Herren- u. Knabenkleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Geschäftl. Rundschau und Dauerfahrplan.
Musterschutz. B. Ohne Gewähr.
Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 558, 740*, 747, 943 D, 1103, 126, 344, 417, 715*, 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Niendorf: 527, 800, 900 S*, 947, 207, 418*, 658, 925**.)
Eutin: 714, S 942, 1208, 142 D, 200, 725. *) mit im Juli und August.
Büchen: 500, 800, 130, 418 D, 600. — **Segeberg:** 130 Wertt., 210 Sonnt., 730.
Kleinen: 715, 926 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

„TROCADERO“
Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungskonzerte.

Fordern Sie überall nur
Doornkaat
den feinsten Genever
nach alten-Samalkantrecepten
seit 1806 hergestellt
und weisen Sie Nachahmungen zurück
„Doornkaat“
Aktiengesellschaft Norden
Bedeutungen werden nachgewiesen durch:
Gebr. Steeve, Hamburg
Gr. Döbberstraße 14.
Fernsprecher: Steinhilf 2711-2783.
Bedeutungen werden nachgewiesen durch:
Gebr. Steeve, Hamburg
Gr. Döbberstraße 14.
Fernsprecher: Steinhilf 2711-2783.

Rostocker Butterhandlung, Lübeck, Bedergrube 9

Café Bernhardt Fackenburg Allee 9
Täglich nachmittags und abends: **Künstlerkonzert.**

Musik Telefon 935
Bedergrube 27 **Dietrich**

Rheumatismusfranke! Nicht bezweifeln! Haben Sie schon alles versucht? Die letzte Rettung ist **Rheuma Nr. 37.** Zu haben in allen Apotheken!

Franzen & Co. Hüte
Hollstenstr. 21. Herrenwäpche, Krawatten.

Georg Knoop, Drogerie Fortuna-
Molsinger Allee 6a, Telephon 2375.

Aus. Lüders
Spezialgeschäft f. Stumpfwaren u. Wäsche.
Manufakturwaren — Wollumtausch
Huxstraße 55.

U. N. Becker
Uhren und Goldwaren
Hollstenstraße 40.

Soda-Leim
Hans Jacoby, Untertrave 80
Telephon 3088 und 3480.

Reserviert für
Nanseatische Toriverwertungs-Aktien-Gesellschaft
Engelsgrube 44 * Telephon 884

Norddeutscher Warenhandel L. Koeller
G. m. b. H., Lübeck, Mengstr. 15, Fernsprecher 3481, 3482. Abtlg. I: Dängemittel, Abtlg. II: Säcke, Abtlg. III: Techn. Abteilung.

Elektro-Motoren-Reparatur-Werk
Heinrich Schumann
Schwartauer Allee 14a. Telephon 2832/33.

Schlutup
W. Schild, Schlutup
Das vorteilhafteste Einkaufshaus für Damen-, Kinder- und Herrenkonfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Kaufhaus
Max Kankel
Schlutup.